

bewerbe und des Kampfes um den Staatstitel „Brigade der sozialistischen Arbeit“ in den Arbeitskollektiven sowie der organisierten Bürgerinitiative in den Wohngebieten.

In den Städten und Gemeinden sind die von den Volksvertretungen beschlossenen Stadt- und Gemeindeordnungen mit mehr Konsequenz durchzusetzen.

Die vom XI. Parteitag der SED gesetzten Maßstäbe verlangen von jedem Staatsfunktionär, daß er sich durch hohes poli-

tisches und fachliches Können, durch eine volksverbundene Arbeit auszeichnet, daß er prinzipienfest ist und stets als Vorbild wirkt. Gegenüber den Bürgern muß er bescheiden auf treten, mit Feingefühl auf ihre Hinweise, Vorschläge und Kritiken reagieren und an Ort und Stelle helfen, notwendige Veränderungen herbeizuführen. Aktiv und ideenreich soll' er dem Neuen zum Durchbruch verhelfen und bereit sein, die besten Erfahrungen anderer in der eigenen Arbeit anzuwenden.

### Aus dem Schlußwort des Mitglieds des Politbüros und Sekretärs des ZK der SED Egon K r e n z

Seit unserem XI. Parteitag ist erst ein halbes Jahr vergangen. Aber jeder Tag seither ist ein Beweis für die Lebensnähe und die Lebenskraft seiner Beschlüsse. Täglich bestätigt sich, wie Wort und Tat im Handeln unserer marxistisch-leninistischen Partei übereinstimmen und wie sich das enge Vertrauensverhältnis zwischen Partei und Volk vertieft. Bereits auf der 2. Tagung des Zentralkomitees konnte Genosse Erich Honecker einschätzen: „Überall wird verstanden, daß die von unserem XI. Parteitag beschlossene Innen- und Außenpolitik höhere Maßstäbe für die gesamte Arbeit gesetzt hat.“

Diese Feststellung — das kann man mit vollem Recht sagen — trifft auch auf die Tätigkeit der örtlichen Staatsorgane zu. Die von unserem Generalsekretär im Rechenschaftsbericht des Zentralkomitees begründeten Aufgaben für alle gesellschaftlichen Bereiche, für die Produktivkräfte und die Produktionsverhältnisse, die sozialen und politischen Beziehungen, die Wissenschaft, Bildung, Ideologie und Kultur, die Arbeits- und Lebensbedingungen sowie die Landesverteidigung bestimmen unseren Arbeitsalltag. Referat, Erfahrungsberichte und Diskussion unserer Beratung haben überzeugend gezeigt, welche großen Initiativen durch die Beschlüsse des XI. Parteitages auch auf kommunalpolitischem Gebiet für die allseitige Stärkung unseres sozialistischen Vaterlandes ausgehen.

Die Räte der Kreise und Bezirke sind fähig und bereit, ihre höhere Verantwortung im qualitativ neuen Abschnitt der Gestaltung der entwickelten sozialistischen Gesellschaft voll wahrzunehmen. Das schließt bekanntlich das Verständnis dafür ein, daß unsere gesellschaftlichen und volkswirtschaftlichen Vorhaben immer mehr mit Entscheidungen verbunden sind, die weit über den nächsten Tag hinausreichen. Ihre politischen, ökonomischen, sozialen und territorialen Konsequenzen sind schon heute mit dem Blick auf das Jahr 2000 zu bedenken. —

Auf unserer Beratung wurde einmal mehr bestätigt, welchen Nutzen und zugleich welche großen Möglichkeiten die organische Verbindung von zentraler staatlicher Leitung und Planung sowie örtlicher Initiative mit sich bringt und wie sehr die weitere Entfaltung und Vervollkommnung der sozialistischen Demokratie die Hauptrichtung bestimmt, in der sich der sozialistische Staat entwickelt. Ja, mehr noch: Die Früchte unserer Arbeit belegen, daß in unserer Zeit der stürmischen Entwicklung der Produktivkräfte der demokratische Zentralismus als bewährte Grundlage für das Wirken der sozialistischen Staatsmacht nichts an Aktualität eingebüßt, sondern im Gegenteil weiter an Bedeutung gewonnen hat. Die diesem Prinzip innewohnende dialektische Wechselwirkung zwischen den vom Staat verbindlich vorgegebenen Zielen und den massenhaften Initiativen zu ihrer Verwirklichung ist eine Grundvoraussetzung, um die Aufgaben der Kommunalpolitik zu verwirklichen.

— Vertrauen, das wissen wir alle sehr gut, verpflichtet. Mit dem überwältigenden Votum für unsere Politik zum Wohle des Volkes bei den Wahlen am 8. Juni dieses Jahres wurden die Beschlüsse des XI. Parteitages zum Regierungsprogramm. Es ist uns der Auftrag erteilt, nach dem bewährten Grundsatz „Arbeite mit, plane mit, regiere mit!“ das Vertrauensverhältnis zwischen Partei, Staat und Volk mit größter Verantwortung zu wahren und Tag für Tag weiter zu festigen. Das ist die entscheidende Voraussetzung für die politische

Stabilität unserer Arbeiter-und-Bauern-Macht, für die dynamische ökonomische Entwicklung und die Fortsetzung des Kurses der Einheit von Wirtschafts- und Sozialpolitik.

Heute ist es bereits eine Erfahrung, die unsere Bürger seit über anderthalb Jahrzehnten machen: Unser Kurs der Hauptaufgabe in ihrer Einheit von Wirtschafts- und Sozialpolitik macht den Sozialismus stärker und den Frieden sicherer. Sie wissen zugleich, daß das die erste Bedingung für die erfolgreiche Fortsetzung unserer Politik zum Wohle der Menschen ist und den Einsatz aller erfordert. Die Bewegung unseres Volkes, den Arbeitsplatz als Kampfplatz für den Frieden zu betrachten und im sozialistischen Wettbewerb Höchstleistungen zu vollbringen, legt davon Zeugnis ab.

Das Streben unseres Staates nach einer weltweiten Koalition der Vernunft und des Realismus ist fest integriert in das große Friedensprogramm des Sozialismus; ja, es ist ein aktives Element zur Durchsetzung der abgestimmten Friedenspolitik der sozialistischen Bruderländer. Die umfassenden Abrüstungsvorschläge der Sowjetunion, die keine Waffenart aussparen, Himmel wie Erde einbeziehen und unseren Planeten bis zum Jahr 2000 von allen Atomwaffen befreien wollen, das beispielgebende Teststopp-Moratorium der UdSSR — all das hat weltweit die Erkenntnis gefördert: Sozialismus und Frieden gehören zusammen.

Friedenssicherung und Volkswohl sind der Sinn all unserer Anstrengungen. Eine erfolgreiche kommunale Entwicklung ist dafür von großem Gewicht. Die Stadt und der Stadtbezirk, die Gemeinde und die Ortschaft — sie sind das unmittelbare Zuhause der Bürger. Hier vollzieht sich ihr gesellschaftliches Zusammenwirken, hier wird unsere Bündnispolitik im Alltag praktiziert. Hier in ihrem heimatlichen Territorium erleben die Menschen täglich die Ergebnisse der Politik unserer Arbeiter-und-Bauern-Macht mit garantierten Arbeitsplätzen und sozialer Sicherheit, mit unentgeltlichen Bildungsmöglichkeiten für jeden und besonderer Förderung der heranwachsenden Generation, mit guter medizinischer Betreuung und verantwortungsvoller Fürsorge für das Alter.

Wir wollen die Vorzüge des Sozialismus immer organischer mit den Errungenschaften der wissenschaftlich-technischen Revolution verbinden. Gerade unter diesen Bedingungen bewahrheitet sich die Erfahrung, daß jede wirtschaftliche auch eine ideologische Aufgabe ist.

Zu den wichtigsten Erfahrungen bei der Durchsetzung des vor über einem Jahr beschlossenen Gesetzes über die örtlichen Volksvertretungen gehört ohne Zweifel die, daß die sinnvolle *Organisation der Gemeinschaftsarbeit zwischen den örtlichen Staatsorganen und den Kombinat, Betrieben, Genossenschaften und Einrichtungen im Territorium* großen Nutzen bringt. Noch vor nicht allzu langer Zeit schien manchem die territoriale Rationalisierung eine in vielem unbestimmte Aufgabe. Heute liegen Ergebnisse und Erfahrungen vor — ob sie nun aus Jena, Dresden, Haldensleben, Torgau oder anderen Kreisen und Städten stammen —, die für unsere Politik zum Wohle des Volkes von außerordentlicher Bedeutung sind. Es bestätigt sich: Das Territorium ist zu einem wichtigen Kristallisationspunkt für die dauerhafte Durchsetzung der umfassenden sozialistischen Intensivierung zur Verwirklichung unserer Wirtschaftsstrategie geworden.

Unser Streben nach höheren Produktionsergebnissen ist stets verbunden mit der Sorge um bessere Arbeits- und Lebensbedingungen. Technischer Fortschritt ohne sozialen Fort-